

# #GIDSstatement 8/2020

Dirk Peddinghaus

## **Der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel** Neue Aussichten auf dauerhaften Frieden in der Region?

#GIDSstatement | Nr. 8 / 2020 | Oktober 2020 | ISSN 2699-4372

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: [www.gids-hamburg.de](http://www.gids-hamburg.de)

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitervorschlag:

Dirk Peddinghaus, Der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel. Neue Aussichten auf dauerhaften Frieden in der Region?, #GIDSstatement 8/2020, Hamburg.

GIDS

German Institute for Defence and Strategic Studies

Führungsakademie der Bundeswehr

Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 8667 6801

[buero@gids-hamburg.de](mailto:buero@gids-hamburg.de) · [www.gids-hamburg.de](http://www.gids-hamburg.de)

# Der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel

## Neue Aussichten auf dauerhaften Frieden in der Region?

Frieden zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Israel – was noch vor wenigen Jahren als unmöglich erachtet wurde, ist greifbare Realität geworden. Der mit Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika ausgehandelte Friedensvertrag stellt eine Zäsur in den arabisch-israelischen Beziehungen dar, denn wenn die Ankündigungen langfristig Bestand haben, wird der Friedensvertrag mit den VAE erst der Auftakt zu weiteren bilateralen Abkommen zwischen arabischen Staaten und Israel sein.<sup>1</sup> Als erster arabischer Staat hat der Oman die Annäherung begrüßt und es zeichnen sich weitere Gespräche ab.<sup>2</sup>

Wie wichtig den Beteiligten der „neu gewonnene Frieden“ ist, wird in der schnellen Umsetzung konkreter Schritte deutlich. So sind oftmals als Randnotizen wahrgenommene Gesten, wie der erste Direktflug zwischen Tel Aviv und Abu Dhabi<sup>3</sup> wenige Tage nach der Verkündung des Abkommens und die Ankündigung des American Jewish Committee (AJC), in den VAE ein Büro zu eröffnen,<sup>4</sup> als Zeichen zu werten, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Doch woher kommt der Meinungsumschwung in den arabischen Ländern? Handelt es sich um eine Entwicklung, die die Möglichkeit eines langfristig tragbaren Friedens in der Region einläutet?

Grundsätzlich beobachten wir seit Jahren in einigen arabischen Staaten eine „unterschwellige“ Veränderung der Rhetorik gegenüber Israel. Bereits seit 2002<sup>5</sup> lässt sich eine diplomatische Annäherung zwischen Israel und Saudi-Arabien erkennen, obwohl es bis heute keine direkten offiziellen Beziehungen gibt. Auch andere Länder zeigen sich in ihrer Rhetorik in Bezug auf das Verhältnis zum jüdischen Staat offener. Insbesondere in der derzeitigen Covid-19-Situation zeigt sich, dass die gemeinsamen Herausforderungen zur Bewältigung dieser vornehmlichen Gesundheitskrise die Zusammenarbeit zwischen einstigen Feinden deutlich befördert hat.<sup>6</sup>

---

1 Segenreich 2020.

2 Reuters 2020b.

3 Reuters 2020a.

4 Zacharias 2020.

5 Knipp 2020.

6 Rogg 2020.

Doch die Covid-19-Situation als Auslöser für die Veränderungen zu bezeichnen, greift deutlich zu kurz. Erkennen lässt sich vielmehr eine elementare und langfristige Gemeinsamkeit zwischen den betreffenden arabischen Ländern und Israel: der gemeinsame Feind Iran.<sup>7</sup> Während die europäischen Länder noch an ein Miteinander mit dem Iran glauben (oder glauben wollen), so sehen die unmittelbaren Nachbarn und meist sunnitisch geprägten Länder zunehmend die Gefahr, die vom Machtstreben des Iran ausgeht.<sup>8</sup>

Warum Europa diese direkte Sichtweise aus der Region nicht erkennen will, ist ein anderes Kapitel dieser Geschichte. Fest steht allerdings, dass sich gerade Europa zunehmend als Gesprächspartner aus den arabisch-israelischen Friedensgesprächen verabschiedet, was auch in einer unrealistischen Lageeinschätzung seitens der Deutschen Bundesregierung gegenüber dem Iran seinen Ausdruck findet. Zudem spricht Europa in Bezug auf die Nahost-Politik nicht mit einer Stimme, was als große Schwäche im arabischen Umfeld wahrgenommen wird. Insbesondere das Verhalten der Bundesregierung und ihres Vertreters im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegenüber Israel führte zunehmend zu einem Vertrauensverlust nicht nur in Israel, denn es wird auch mit Kopfschütteln in den moderaten Ländern der arabischen Welt zur Kenntnis genommen. Festzumachen ist dies an der deutschen Unterstützung für das Flüchtlingshilfswerk der Palästinenser (UNRWA), das wiederholt in internationale Kritik geraten ist, sowie an dem Abstimmungsverhalten Deutschlands in der Vollversammlung, wenn es um Resolutionen gegen Israel geht.<sup>9</sup>

Ist der Friedensschluss zwischen den VAE und Israel nun der Auftakt einer friedvollen Epoche in der Region und insbesondere ein Hoffnungsschimmer für eine Lösung des Israelisch-Palästinensischen Konflikts? Dies ist zwar zu hoffen, jedoch weit von der Realität entfernt.

Nach dem Frieden ist vor dem Frieden – so kann man vielleicht die Situation beschreiben, die sich nach der Annäherung zwischen Teilen der arabischen Welt und Israel aufzeigt. Es bleibt die – nunmehr gemeinsame – Bedrohung durch den Iran, die, wenn die internationale Gemeinschaft nicht konsequent gegen das Regime vorgeht, auch in den nächsten Jahren ein unkalkulierbarer Risikofaktor sein wird. Für Israel bedeutet dies, dass neben der direkten Bedrohung durch das Raketenpotential des Iran auch eine vom Iran ausgehende Unterstützung der Terrororganisationen HAMAS und Hisbollah weiterhin zu einem Risiko für seine Staatsbürger und damit zur Instabilität der eigenen Sicherheit führt; der Friedensprozess kann also nicht auf die Situation der Palästinenser übertragen werden.

Wie elementar sich die Annäherung zwischen dem jüdischen Staat und den gemäßigten arabischen Ländern auf diese Terrororganisationen auswirkt, lässt

---

<sup>7</sup> Peters/Sydow 2017.

<sup>8</sup> Vgl. u. a. Steinberg 2018b: 8.

<sup>9</sup> Eigene Wahrnehmung bei zahlreichen Gesprächen mit israelischen, amerikanischen, deutschen und arabischen Vertretern aus Politik, Militär und Diplomatie. S. auch Rosenberg 2019 und Auswärtiges Amt 2018.

sich den Reaktionen in palästinensischen Kreisen entnehmen, die teilweise von blankem Entsetzen geprägt sind.<sup>10</sup> Verliert die HAMAS durch die Annäherung einiger arabischer Staaten an Israel zunehmend an Unterstützung, so wird sie dies als existenzbedrohend ansehen. Gerade die Führung der palästinensischen Gruppierungen hat sich in der Vergangenheit wiederholt in Situationen manövriert, die sich als politischer Irrweg herausgestellt haben. Auch in der Reaktion auf das Abkommen zeigt sich, wie strategisch uneinsichtig die Autonomiebehörde agiert, wenn sie den Bürgern der VAE verbietet, in Jerusalem zu beten.<sup>11</sup> Besonders diese konzeptionslose Verweigerung eines konstruktiven Verhandlungsweges sowie die Hinwendung zum Iran sind in der arabischen Welt zunehmend mit Unmut zur Kenntnis genommen worden. Hinzu kommt, dass durch die globale Wirtschaftskrise in Folge der Covid-19-Pandemie auch dem verbliebenen Unterstützer Iran Finanzmittel nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehen, womit kurzfristig eine Finanzierung des Terrors allenfalls geringfügig möglich scheint.<sup>12</sup> Nach der Erholung der Weltwirtschaft dürfte sich die Finanzierung jedoch auf hohem Niveau weiterentwickeln. Damit ist die derzeitige Situation für Israel wohl nicht mehr als eine kurze Atempause.

Um also einen stabilen Frieden in der Region langfristig zu sichern, erscheinen zwei Faktoren von entscheidender Bedeutung:

### 1. Frieden beginnt in den Köpfen der Bevölkerung

Erstens ist die Einheit innerhalb der moderaten arabischen Staaten in dem Willen einer Normalisierung der Beziehungen zum jüdischen Staat von entscheidender Bedeutung. Daher kommt der Kommunikation dieser Annäherung mit der eigenen Bevölkerung ein hoher, wenn nicht sogar entscheidender Stellenwert zu. Da der Staat Israel jahrelang verteufelt wurde und der Hass gegen Juden bereits in den Schulen zum Unterrichtsstoff gehörte, ist es selbstverständlich, dass sich eine Veränderung innerhalb der öffentlichen Meinung nicht von heute auf morgen einstellen wird. Es bedarf also der geschickten internen Kommunikation, damit der Frieden nicht zum Unfrieden für die Machthaber mit der eigenen Bevölkerung wird. Gerade in diesem Punkt kommt der Ausbildung der jungen Menschen eine entscheidende Bedeutung zu: Die in einigen Schulbüchern gelehrt Dämonisierung des jüdischen Staates bedarf der dringenden Überarbeitung und Kurskorrektur. Nur durch ein verändertes Denken dem Anderen gegenüber wird sich ein dauerhafter Frieden in der Region etablieren und festigen lassen. Sicher, dieser Weg wird nicht über Nacht zu einem Wandel führen, aber es lohnt sich, ihn langfristig zu beschreiten. Hierin kann nämlich auch der Schlüssel zur Annäherung zwischen Palästinensern und Israelis liegen. Europa und besonders auch die Bundesregierung können in diesem Zusammenhang einen wesentlichen Beitrag leisten (hierzu später mehr).

---

<sup>10</sup> Schneider 2020.

<sup>11</sup> Beilin 2020.

<sup>12</sup> Leder 2020.

## 2. Den Iran als Unruhequelle ausschalten

Zweitens kommt es entscheidend darauf an, wie die destabilisierenden Machtbestrebungen des Iran international unter Kontrolle gebracht werden können. In diesem Punkt liegt wohl die größte Herausforderung für einen stabilen Frieden in der Region. Wenn es nicht gelingt, eine international geschlossene Front gegen das Regime in Teheran zu etablieren, werden die Versuche einer Stabilisierung des Friedensprozesses maßgeblich untergraben. Dabei kommt einer Änderung der Haltung innerhalb der Europäischen Union und insbesondere in Deutschland und in Frankreich eine entscheidende Rolle zu. Solange sich die europäische Bewertung der Gefahr durch den Iran elementar von der anderer Akteure in der Region (die Mehrzahl der arabischen Staaten, Israel und USA) unterscheidet, wird es nicht gelingen, diesen Unruheherd unter Kontrolle zu bringen. Dabei ist die Frage der nuklearen Bewaffnung nur ein Teil des Problems mit dem Iran. Viel bedeutender ist, dass die iranische Raketenrüstung zu einem entscheidenden Sicherheitsrisiko in der Region geworden ist. Steinberg schreibt dazu: „Der Iran verfügt über das größte und vielfältigste Raketenarsenal des gesamten Nahen Ostens und baut es seit Jahren quantitativ und qualitativ aus. Inzwischen besitzt das Land neben Tausenden ballistischen Raketen mit Reichweiten von bis zu deutlich mehr als 2000 Kilometern auch Marschflugkörper, mit denen es Israel, Saudi-Arabien oder Südosteuropa erreichen kann.“<sup>13</sup> Neben dieser Bedrohung, die die Länder des Nahen Ostens, die arabischen Länder und Israel, gleichermaßen bedroht und damit eint, ist es die massive Unterstützung der beiden Terrororganisationen Hisbollah und HAMAS, die den Iran zu einem unkalkulierbaren Sicherheitsrisiko für einen dauerhaften Frieden macht. Dass dies auch einen Einfluss auf deutsche Sicherheitsinteressen haben kann, machte der ehemalige BND-Chef Hanning deutlich: „Die deutschen Sicherheitsbehörden wissen, dass der Iran unter Nutzung von ihm gesteuerter Organisationen über das Potenzial verfügt, auch in Deutschland terroristische Anschläge auszuführen.“<sup>14</sup>

Diplomatie und Gespräche mit dem Iran sind sicherlich auch weiterhin von elementarer Bedeutung. Doch müssen die Europäer erkennen, dass geltende Absprachen auch der Kontrolle und Einhaltung bedürfen. Vielleicht müssen sich europäische Diplomaten mehr auf die Tradition und die Verhaltensweisen des arabischen oder iranischen Gesprächspartners einlassen, wenn es darum geht, gegenseitige Abmachungen zu schließen. Diplomatische Gepflogenheiten, die sich oft durch Unverbindlichkeit und offene Optionen auszeichnen, werden in diesem Kulturkreis mehr als Schwäche denn als Verhandlungsstärke angesehen. Ein Seitenblick auf die Empfehlungen, die die deutsche Wirtschaft ihren Unternehmen anbietet, kann hier eine lohnende Hilfe sein.<sup>15</sup> Überträgt man

---

<sup>13</sup> Steinberg 2018a.

<sup>14</sup> Jansen 2020: Frage 6 des Interviews.

<sup>15</sup> „Über Geschäfte reden, feilschen und verhandeln zählt traditionell zu den Lieblingsbeschäftigungen eines Golfarabers [...] Die Verhandlungsstrategie ist recht einfach ausge-

diese geschäftlichen Ratschläge auf politische Handlungsempfehlungen, sieht man hier den Fehler deutscher Diplomatie. Das Feilschen gehört zum „Geschäft“ und wer nicht feilscht, wird als schwach angesehen.

Ebenso sollten sich europäische Diplomaten davon freimachen, am Golf die sprichwörtlich erste Geige spielen zu wollen: „Araber werden nur mit Partnern verhandeln, die auf der gleichen Hierarchieebene stehen. Andernfalls fühlen sie sich nicht ernst genommen. Wer keine Entscheidungsbefugnis hat, wird bei Besprechungen nichts erreichen.“<sup>16</sup> Politisch bedeutet dies, dass der Gegenüber eine ernstzunehmende Bedeutung in der Region haben muss, was auch durch eine konsequente Haltung zum Ausdruck kommt. Anders ist die Stellung der USA bei vielen arabischen Staaten nicht zu erklären – sie haben einerseits eine klare und kompromisslose Haltung zur Sicherheit Israels und sind trotzdem der Verhandlungspartner für Friedensprojekte. An dieser klaren Haltung fehlt es den europäischen Ländern, was sie zu schwachen Verhandlungspartnern macht. Dies wird noch verstärkt, da es keine einheitliche Stellung der EU gegenüber den Palästinensern gibt. Dazu meint Wildangel: „Am Ende zweier Jahrzehnte, in denen sich die EU um den palästinensischen Staatsaufbau bemüht hat, wurde deutlich, dass in der Anerkennungsfrage innerhalb der Union kein Konsens herrscht.“<sup>17</sup> Und weiter: „Kohärente und effektive politische Instrumente fehlen, was angesichts der eingesetzten Mittel, die von europäischen Steuerzahlern aufgebracht werden, auch EU-intern zunehmend kritisch betrachtet wird.“ Gerade eine solche nicht eindeutige Haltung macht die EU als Verhandlungspartner für die betroffenen Akteure unglaubwürdig. Jedoch wird die europäische Rolle als Geldgeber sehr geschätzt, da wenig Auflagen und Kontrollen der Hilfgelder eingefordert werden.

Heruntergebrochen auf die deutsche Position ist die Frage zu stellen, ob die vom Auswärtigen Amt dargestellte Herangehensweise in den Vereinten Nationen dem eigenen Grundsatz folgt: „Maßgeblich für die politische Beurteilung der Resolutionsentwürfe sind für die Bundesregierung die Grundsätze, denen die deutsche Nahostpolitik seit vielen Jahren folgt: Die historische Verantwortung für den jüdischen und demokratischen Staat Israel und sein Existenzrecht sowie das Bemühen um einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten im Rahmen einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung.“<sup>18</sup>

Bei seinem Besuch in Abu Dhabi bezeichnete der deutsche Außenminister Maas den Friedensvertrag zwischen den VAE und Israel als historischen

---

legt. Ihre Zielsetzung lautet grob gesagt, deutsche Qualitätsprodukte zu indischen Preisen zu erlangen. Dass dies nicht unbedingt Erfolg hat, ist den Arabern wohl bekannt. Bei allen Verhandlungen bleibt es jedoch zentrales Ziel, einen möglichst geringen Preis zu zahlen [...]. Dem taktierenden Feilschen des Gegenübers sollte mit Flexibilität, absoluter Sachlichkeit, Höflichkeit und viel Geduld begegnet werden.“ (Germany Trade and Invest 2012: 6).

**16** Askeljung 2020: Fünfter Absatz „Respekt“.

**17** Wildangel 2018: 48 ff.

**18** Auswärtiges Amt 2019.

Schritt.<sup>19</sup> Wichtig wäre es jetzt, dass auch die deutsche Bundesregierung erkennt, dass dieser historische Schritt nur möglich war, weil das viele Jahre wie ein Mantra postulierte Glaubensbekenntnis „Land für Frieden“ durch die Realität eines „Friedens für Frieden“ abgelöst wurde.<sup>20</sup> Ob dies vom deutschen Außenminister gesehen wurde, als er von dem historischen Ereignis sprach, wird die deutsche Politik in der Zukunft zeigen und bestimmen.

In diesem Kontext bleibt allerdings die Frage der Annexion von Gebieten durch Israel noch unbeantwortet. Zwar hat die israelische Regierung die vorgesehene Annexion von Teilen des Westjordanlandes und des Jordantals nach dem Abkommen nicht durchgeführt, aber es bleibt abzuwarten, ob Israel auf diese Annexion verzichtet, wie die VAE das Abkommen interpretieren oder, wie Netanyahu es ebenfalls auf Grundlage des Vertrages scheinbar interpretiert, ob „the annexation plan was on ‘temporary hold’“.<sup>21</sup>

## Von „Land für Frieden“ zu „Wohlstand für Frieden“ – das Ende eines deutschen Mantras

Wird der zuvor beschriebene Paradigmenwechsel akzeptiert, so steht das weitere Vorgehen in Bezug auf die Lösung der palästinensischen Frage zur Diskussion. Ist es angesichts der Entwicklung der letzten Jahre noch richtig, von der zwingenden Voraussetzung einer „Zwei-Staaten-Lösung“ für einen Frieden zu sprechen?

Scheinbar haben sich die moderaten arabischen Staaten bereits von dieser Idee verabschiedet – wie auch die politische Reaktion aus den unter israelischer Kontrolle stehenden Gebieten vermuten lässt –, ohne dass die Europäer und die deutsche Außenpolitik dies bewusst mitbekommen haben oder mitbekommen wollten, weil es das Eingeständnis eines jahrzehntealten Irrweges wäre.

Arabische Staaten haben seit längerem erkannt, dass die Lösung für die palästinensische Bevölkerung an der „Sturheit“ ihrer politischen Führung scheitert, die jeden Kompromiss ablehnt, weil sie damit ihre Machtbasis – die letztlich auch auf dem Kampf gegen Israel begründet ist – verlieren würde. Aus diesem Grund ist es notwendig, die vom Iran gesteuerte Finanzierung des Terrors der HAMAS und der Hisbollah konsequent zu unterbinden. Es gibt in diesem Zusammenhang nicht den politischen und den terroristischen Arm der beiden Organisationen, womit auch heute noch einige Regierungen die Situation verharmlosen. Eine konsequente Überprüfung der Finanzquellen, eine bedingungslose Kontrolle eigener Hilfsgelder und eine konsequente Haltung gegenüber Hilfsorganisationen, die mit ihren Geldern den Konflikt am Leben halten, ist dringend geboten.

---

<sup>19</sup> Süddeutsche Zeitung 2020.

<sup>20</sup> Sadan 2020.

<sup>21</sup> Federman et al. 2020.



Europa und damit die Bundesrepublik stehen an einem Scheidepunkt ihrer Nahost-Politik. Interessant wird die Frage sein, welchen Weg man in Brüssel und Berlin nun verfolgt. Festhalten an alten Gewohnheiten oder Erkennen der Realität und der Chance, die sich nach dem Friedensschluss zwischen den VAE und Israel ergibt.

Ein Paradigmenwechsel von „Land für Frieden“ hin zu einem „Frieden für Frieden“ – oder noch besser und in der bisherigen Diskussion wenig beachtet: „Wohlstand für Frieden“<sup>22</sup> – scheint das Gebot der Stunde zu sein. Wenn es gelingt, die Bevölkerung von den „Wohlstandsaussichten“ nachhaltig zu überzeugen sowie sichtbare und für die Menschen greifbare Schritte zu generieren, dann wird die Basis des Terrors langfristig geschwächt.

Grundsätzlich bedarf es hier allerdings der Moderation durch „äußere Kräfte“, die eine Vermittlerfunktion übernehmen und den Prozess begleiten und finanzieren. In den zurückliegenden Jahren waren dies, im Sinne eines Verhandlungsmoderators, die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Friedensprozess zwischen Ägypten und Israel (Camp-David-I-Abkommen), moderiert durch Jimmy Carter, der Friedensvertrag zwischen Jordanien und Israel, moderiert durch Bill Clinton, und die Verträge mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (Camp-David-II-Abkommen), moderiert ebenfalls von Bill Clinton, zeigen die führende Rolle der Vereinigten Staaten bei diesem Prozess.<sup>23</sup> Ausgangspunkt dieser erfolgreichen Verhandlungen war die erstmals angewandte Methode des „Harvard-Konzeptes“.<sup>24</sup> Dieses von Fisher und Ury an der Universität von Harvard entwickelte Konzept<sup>25</sup> sucht eine Win-win-Lösung für beide Konfliktparteien. Ein Ansatz, auf dem sich Diplomatie wieder zurückbesinnen sollte. Allerdings ist die heutige Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika deutlich differenzierter. Es ist derzeit schwierig, im amtierenden amerikanischen Präsidenten Trump einen geeigneten Moderator für einen solchen Prozess zu sehen. Diese Einschätzung entspricht nicht einer allgemeinen Schelte für die Politik dieses Präsidenten, sondern beruht auf der Feststellung, dass die Trump-Administration in den zurückliegenden Jahren Schritte in Bezug auf das Verhältnis zu Israel unternommen hat, die eine unparteiische Vermittlerrolle für zukünftige Verhandlungen und Maßnahmen ausschließen, auch wenn Trump im Friedensvertrag zwischen den VAE und Israel ein beachtlicher diplomatischer Erfolg gelungen ist und die USA unangefochten der wichtigste ausländische Player in der Region bleiben werden. Im Gegensatz zu dem vorliegenden Friedensvertrag zwischen Israel und den VAE, bei dem durch die USA zwischen zwei rational agierenden Staaten vermittelt wurde, ist die Frage der Palästinenser durch eine

---

**22** Ein Frieden für Frieden würde in der humanitären Situation für die Palästinenser nicht hinreichend sein. Vielmehr ist eine sichtbare Veränderung der sozialen Situation ein maßgeblicher Friedensfaktor. Daher wird der ursprüngliche Gedanke „Frieden für Frieden“ zu einem „Wohlstand für Frieden“ in diesem Beitrag weiterentwickelt.

**23** Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste 2006: 10–16; Asseburg/Perthes 2008; Dressler 2012.

**24** Brettler 2017: 3.

**25** Fisher et al. 1991.

inhomogene, emotional aufgeladene und teilweise irrational agierende Gruppe von unterschiedlichen Akteuren geprägt, in der die USA ebenso zum Feindbild gehören wie der Staat Israel. Hier ist eher der Charakter eines Jimmy Carter von Nöten, der „[...] sich sichtlich bemühte, keine der beiden Gruppen zu präferieren, sondern Neutralität bzw. Allparteilichkeit zu wahren und die Interessen beider Partner zu berücksichtigen.“<sup>26</sup>

Aus verschiedenen Gründen wird Israel eine neutrale Rolle der Vereinten Nationen nicht anerkennen, und dies, wie an vielen Einzelbeispielen nachvollziehbar, zu Recht.<sup>27</sup>

Aus den aufgezeigten Gründen sind vielmehr die gemäßigten Kräfte in den Anrainerstaaten, insbesondere in Jordanien, in der führenden Rolle, den Prozess der Annäherung Palästinas an Israel und damit die „Entmachtung“ der HAMAS zu moderieren. Sicher wird dies nicht ohne Hilfestellung aus Washington erfolgen können, doch die „Gesichter dieses Friedensprozesses“ müssen aus der Region kommen. Einen wird sie auf jeden Fall die Tatsache, dass sie mit dem Iran auch einen gemeinsamen „Feind“ mit Israel besitzen.

Entscheidend wird es sein, dass eine „unkontrollierte“ Entmachtung der HAMAS vermieden wird, um die Situation nicht völlig zu destabilisieren und neben der humanitären Verschlechterung auch die Füllung des entstandenen Machtvakuum durch noch radikalere Gruppen zu verhindern. Das Szenario einer unkontrollierten Reaktion der HAMAS und die Bedrohung Israels durch einen massiven Einsatz vorhandener Raketenpotentiale der HAMAS würde selbst die überlegene israelische Technologie des „Iron Dome“ vor unlösbare Aufgaben stellen. Ebenso sind die durchaus funktionierenden Staats- und Verwaltungsstrukturen der HAMAS für die im Gazastreifen lebenden Menschen von großer Bedeutung. Ein Zusammenbruch dieser Strukturen würde zu einer drastischen Verschärfung der humanitären Situation führen, was wiederum eine noch stärkere Radikalisierung hervorrufen kann. Daher wäre eine massive Unterstützung der „gemäßigten Kräfte“ der Fatah, die (noch) die palästinensische Autonomiebehörde darstellt, der erste Schritt, wobei es auch hier neuer unbelasteter Gesichter bedarf, die sich nicht der Korruption verdächtig gemacht haben. Wie notwendig diese Erneuerung vor einem Friedensprozess ist, wird deutlich, wenn man sich die Entwicklung der Machtstrukturen innerhalb des Fatah-Apparates vor Augen führt. Bereits 2004 hat Atilgan in einem Beitrag getitelt: „Die palästinensische Autonomiebehörde befindet sich in einer tiefen Krise. Sie hat nicht nur die politische Kontrolle verloren, sondern auch ihre Fähigkeit zur Initiative. Die Folge: innen- und außenpolitisches Chaos.“<sup>28</sup> Daran hat sich bis heute – leider – nichts geändert. Insbesondere wenn man sich die Reaktion verschiedener Hardliner innerhalb der islamischen Gemeinschaft auf die derzeitigen Entwicklungen ansieht. Nachdem der Iman der Größten Moschee in Mekka angedeutet hat, dass es Zeit sei, mit dem jüdischen Volk zusam-

---

<sup>26</sup> Horvath 2000: Kapitel 2, Absatz 3.

<sup>27</sup> Zur Vertiefung: Feuerherdt/Markl 2018.

<sup>28</sup> Atilgan 2004: 1.

menzuarbeiten, zeigt sich die fundamentale Trennung zwischen Befürwortern eines friedvollen Miteinanders und den Kräften, die eine Zusammenarbeit mit Israel und damit eine wie auch immer geartete Friedenslösung ablehnen. Leider gehörten auch die politischen Führer in Ramallah zu den letztgenannten Friedensverweigern.<sup>29</sup>

Eine neue unverbrauchte Führung muss ein internationales Angebot einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den von ihr kontrollierten Gebieten erhalten. Durch diese nachhaltige Entwicklung im „Fatah-Gebiet“ könnte sichtbar gemacht werden, dass ein beidseitiger Friedensprozess Wohlstand und Sicherheit bringt und der HAMAS würde rasch die interne Unterstützung in dem von ihr kontrollierten Gazastreifen entzogen. Die bisherige in Ansätzen erkennbare Kritik der Menschen im Gazastreifen an der Führung durch die HAMAS wird durch das Aufzeigen der „anderen Option“ noch stärker werden und letztlich zu einem Machtverlust führen; das resultierende Machtvakuum kann dann durch die Fatah (und internationale Hilfe) geschlossen werden. Möglich wäre ein „Marshallplan“ mit der Einbindung regionaler und überregionaler Staaten.

Dabei ist jedoch eine Vereinnahmung der Fatah durch den Westen abzulehnen, weil dies der Glaubwürdigkeit dieser Organisation schaden und dem Friedensprozess zuwiderlaufen würde. Auch muss eine Annäherung zwischen Israel und der Fatah sehr „behutsam“ und als Ergebnis des Prozesses durch eine arabische Vermittlung erfolgen, da dies sonst von radikalen Kräften propagandistisch gegen diese Maßnahmen ausgenutzt werden könnte. Die VN werden ein wichtiger Player, wenn sie es bis dahin geschafft haben, ihre dafür zuständige Unterorganisation zu reformieren. Ob am Ende dieses Prozesses wirklich eine Zwei-Staaten-Lösung stehen muss, bleibt abzuwarten und sollte nicht als Grundvoraussetzung für den Beginn der Gespräche angesehen werden. Letztlich ist es, ganz im Sinne des beschriebenen „Harvard-Konzeptes“, wichtiger, dass beide Verhandlungsseiten sich in einer Win-win-Situation wiederfinden.

## Deutschlands neue Rolle bedeutet Mut zu Veränderungen

Für Deutschland bedeutet dies:

- Deutschland erkennt an, dass eine Zwei-Staaten-Lösung nicht Ausgangspunkt, sondern vielleicht Abschluss von Friedensverhandlungen ist. Vielmehr ist die Sichtweise „Wohlstand für Frieden“ das neue tragende Element deutscher Außenpolitik in der Palästinenserfrage.
- Deutschland ändert sein Abstimmungsverhalten in den Vereinten Nationen bei Resolutionen, die gegen Israel gerichtet sind.<sup>30</sup> Wenn es entge-

---

<sup>29</sup> Jones 2020.

<sup>30</sup> 2018 sind in der VN-Vollversammlung insgesamt 21 Resolutionen gegen Israel verabschiedet worden. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes stimmte Deutschland 16 dieser Resolutionen zu und enthielt sich bei 4 weiteren der Stimme, wie aus einer Vorlage der FDP-Fraktion für eine Abstimmung im Deutschen Bundestag (Drucksache 19/7560) vom 06.02.2019 hervorgeht.

gen der jahrelangen Praxis gelingt, die Anfang Dezember 2019 begonnene Änderung im deutschen Abstimmungsverhalten zu etablieren,<sup>31</sup> wird auch die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Region deutlich gesteigert, weil Deutschland dann nicht nur verbal, sondern auch faktisch die Freundschaft zu Israel unter Beweis stellt.

- Deutschland nimmt Einfluss auf die – in der o.a. Stellungnahme des Auswärtigen Amtes deutlich kritisierten – Bevorzugung der palästinensischen Referate innerhalb der VN. Ein maßgeblicher Schritt wäre die Stellung des palästinensischen Flüchtlingshilfswerkes UNRWA kritisch zu hinterfragen, dessen Exklusivität in Frage zu stellen und letztlich auf dessen Auflösung zu drängen.
- Deutschland setzt sich für eine verstärkte Kontrolle der derzeitigen Hilfsgelder für die palästinensischen Gebiete ein. Ziel ist es, die eingesetzten Mittel zweifelsfrei für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen und medizinischen Fortschritt zu nutzen und jede Form der indirekten Terrorfinanzierung zu vermeiden. Deutschland als einer der Hauptgeldgeber der internationalen Organisationen hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Kontrolle von Hilfsgeldern einzufordern.
- Deutschland setzt sich für die Etablierung einer vorurteilsfreien Bildung der jungen Menschen in den betroffenen palästinensischen Gebieten ein. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass in von den VN und der EU finanzierten Schulbüchern der Hass gegen Israel ein zentrales Element ist. Hier hat die Weltgemeinschaft die moralische Verpflichtung, diesen Teufelskreis der Gewalt durch eine stärkere Kontrolle ihrer Mittel zu durchbrechen. Gerade im Bereich der Bildungsanstrengungen zeigt sich, wie eine indirekte Unterstützung der Gedanken der HAMAS durch die beschriebenen Organisationen mit einfachen Mitteln verhindert werden könnte.
- Deutschland beteiligt sich – nach einer Erneuerung innerhalb der gemäßigten palästinensischen Kräfte in der Fatah – an der Etablierung eines Masterplans für die von der Fatah kontrollierten Gebiete des Westjordanlandes, um einen umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung in diesen Gebieten zu erreichen und damit ein Beispiel für die Möglichkeiten eines „Wohlstands für Frieden“ zu setzen.

Gehen Deutschland und schließlich auch Europa diesen Weg des neuen Realismus, dann ist die Vereinbarung zwischen den VAE und Israel wirklich historisch und der deutsche Außenminister behält in seiner Bewertung recht.

<sup>31</sup> Damals haben zum ersten Mal eine Reihe von Ländern gegen eine US-Resolution gestimmt, die sich gegen Israel gerichtet hat. In der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes heißt es hierzu „Mit dem ‚Nein‘ 2019 bringt Deutschland seine Kritik an der unverhältnismäßig hohen Zahl von Israel-kritischen Resolutionen zum Ausdruck. Weiterhin enthält aus Sicht des Auswärtigen Amtes das Referat für Palästinenserrechte im Vergleich zu anderen Regionalreferaten des VN-Sekretariats eine Sonderstellung, die inhaltlich nicht begründet ist.“ (vgl. Auswärtiges Amt 2019).

## Literaturverzeichnis

- Asseburg, Muriel/Perthes, Volker (2008): Geschichte des Nahost-Konflikts, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 278, S. 60–68.
- Askeljung, Göran (2020): Verhandeln in Arabien – so vermeiden Sie Fettnäpfchen, in: askeljung.com vom 18.06.2020, <https://www.askeljung.com/verhandeln-in-arabien/>, zuletzt aufgerufen am 05.10.2020.
- Atilgan, Canan (2004): Die Palästinensische Autonomiebehörde in tiefer Krise, in: Konrad-Adenauer-Stiftung online vom 06.08.2004, [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=802e61e9-99ed-269b-2d60-7e915dff-0d27&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=802e61e9-99ed-269b-2d60-7e915dff-0d27&groupId=252038), zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Auswärtiges Amt (2018): Deutsche Unterstützung für UNRWA, in: Auswärtiges Amt online vom 28.09.2018, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/humanitaere-hilfe/unrwa-zusage-new-york/2142062>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Auswärtiges Amt (2019): Wofür sich Deutschland bei den Nahost-Resolutionen in den Vereinten Nationen einsetzt, in: Auswärtiges Amt online vom 03.12.2019, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/uno/nahost-resolutionen-vereinten-nationen/2277244>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Beilin, Yossi (2020): Palästinenser verbieten Emiratis, in Jerusalem zu beten, zitiert in: mena-watch. Der unabhängige Nahost-Thinktank vom 04.09.2020, <https://www.mena-watch.com/palaestiner-verbieten-emiratis-in-jerusalem-zu-beten/>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Brettlecker, Christoph (2017): Das Harvard-Konzept, Fakultät für Psychologie der Sigmund Freud Privat Universität Wien, Dezember 2017.
- Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste (2006): Der Nahostkonflikt – Geschichte und aktuelle Situation, WD 2 – 133/06 vom 24.07.2006, <https://www.bundestag.de/resource/blob/414962/2571307660709flae43468a4c7e-2b77a/WD-2-133-06-pdf-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Dressler, Christoph (2012): Die Camp David Verhandlungen 1978. Eine Betrachtung aus der theoretischen Sichtweise des Two-Level-Games-Ansatzes, GRIN Verlag GmbH: München.
- Federman, Josef/Lee, Matthew/Gambrell, Jon (2020): UAE and Israel to Establish Full Diplomatic Ties, in: The Washington Post online vom 13.08.2020, [https://www.washingtonpost.com/world/middle-east/president-trump-says-uae-to-open-diplomatic-ties-with-israel/2020/08/13/fe655a12-dd74-11ea-b4f1-25b762cddb4\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/world/middle-east/president-trump-says-uae-to-open-diplomatic-ties-with-israel/2020/08/13/fe655a12-dd74-11ea-b4f1-25b762cddb4_story.html), zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Feuerherdt, Alex/Markl, Florian (2018): Vereinte Nationen gegen Israel – Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Heinrich & Heinrich Verlag: Berlin.
- Fisher, Roger/Patton, Bruce/Ury, William (1991): Getting to YES. Negotiating Agreement Without Giving In, Penguin Books: New York, NY.
- Germany Trade and Invest (2012): Verhandlungspraxis kompakt. Golfstaaten, <https://www.osnabrueck.ihk24.de/blueprint/servlet/resource/blob/1201394/d989063177bccae6731d7136605d77a9/verhandlungspraxis-kompakt-golfstaaten-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Horvath, Patrick (2000). Jimmy Carters Mediation in Camp David – Strategie und Ergebnisse, <http://horvath.members.1012.at/carter.htm#anf>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.

- Jansen, Frank (2020): Der Iran ist in der Lage, Terroranschläge in Deutschland auszuführen. Interview mit August Hanning, in: Der Tagesspiegel online vom 06.01.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/frueherer-bnd-chef-warnt-der-iran-ist-in-der-lage-terroranschlaege-in-deutschland-auszufuehren/25391158.html>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Jones, Ryan (2020): Muslime sehen Normalisierung mit Israel als „Verrat“ am Islam an, in: Israel Heute online vom 09.09.2020, [https://www.israelheute.com/erfahren/muslime-sehen-normalisierung-mit-israel-als-verrat-am-islam-an/?utm\\_source=acfs&utm\\_medium=email&utm\\_term=all&utm\\_campaign=newsletter-2020-09-09](https://www.israelheute.com/erfahren/muslime-sehen-normalisierung-mit-israel-als-verrat-am-islam-an/?utm_source=acfs&utm_medium=email&utm_term=all&utm_campaign=newsletter-2020-09-09), zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Knipp, Kersten (2020): Schatten und Licht: Israels Beziehungen zur Arabischen Welt, in: Deutsche Welle online vom 27.01.2020, <https://www.dw.com/de/schatten-und-licht-israels-beziehungen-zur-arabischen-welt/a-52166540>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Leder, Tal (2020): Covid-19 zerstört die Wirtschaft: Iran kann sich den Terror nicht mehr leisten, in: n-tv online vom 06.06.2020, <https://www.n-tv.de/politik/Iran-kann-sich-den-Terror-nicht-mehr-leisten-article21792813.html>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Peters, Dominik/Sydow, Christoph (2017): Saudi-Arabien und Israel. In Feindschaft gegen den schiitischen Halbmond vereint, in: Spiegel online vom 23.11.2017, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-und-israel-in-feindschaft-vereint-a-1179688.html>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Reuters (2020a): Annäherung geht weiter – Erster Direktflug Israel/Emirate, in: reuters.com vom 31.08.2020, <https://de.reuters.com/article/israel-emirate-idDEKBN25R248>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Reuters (2020b): Oman begrüßt als erster arabischer Staat Annäherung zwischen Israel und Emiraten, in: reuters.com vom 14.08.2020, <https://de.reuters.com/article/nahost-israel-vae-oman-idDEKCN25A159>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Rogg, Ina (2020): Seit der Corona-Pandemie arbeiten Israel und seine arabischen Nachbarn enger zusammen denn je, in: Neue Zürcher Zeitung online vom 03.06.2020, <https://www.nzz.ch/international/naher-osten-diplomatie-in-zeiten-der-corona-pandemie-ld.1559189?reduced=true>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Rosenberg, Godel (2019): Deutsches Abstimmungsverhalten – Immer gegen Israel, in: Tichys Einblick vom 14.06.2019, <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/deutsches-abstimmungsverhalten-immer-gegen-israel>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Sadan, Tsvi (2020): Land für Frieden ist Out. Frieden für Frieden ist In, in: Israel Heute online vom 18.08.2020, <https://www.israelheute.com/erfahren/land-fuer-frieden-ist-out-frieden-fuer-frieden-ist-in/>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Schneider, Richard C. (2020): Der Feind meines Feindes, in: Die Zeit online vom 14.08.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-08/israel-vereinig-te-arabische-emirate-vae-diplomatische-beziehungen-iran-palaestina>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Segenreich, Ben (2020): „Frieden für Frieden“ – ein Weg, dem andere Länder folgen werden, zitiert in: mena-watch. Der unabhängig Nahost-Thinktank

- vom 20.08.2020, <https://www.mena-watch.com/frieden-fur-frieden/>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Steinberg, Guido (2018a): Umgang mit dem Iran, in: Internationale Politik 3/2018, S. 64–69, [https://internationalepolitik.de/system/files/article\\_pdfs/ip\\_03-2018\\_steinberg-64-69-o.pdf](https://internationalepolitik.de/system/files/article_pdfs/ip_03-2018_steinberg-64-69-o.pdf), zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Steinberg, Guido (2018b): Die schiitische Internationale – Iran-treue Milizen weiten den Einfluss Teherans in der arabischen Welt aus (SWP-Aktuell A 59/2018), [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A59\\_sbg.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A59_sbg.pdf), zuletzt aufgerufen am 05.10.2020.
- Süddeutsche Zeitung (2020): Dolchstoß in den Rücken aller Muslime, in: Süddeutsche Zeitung online vom 14.08.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-vereinigte-arabische-emirate-diplomatische-beziehungen-reaktionen-1.4999597>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Wildangel, René (2018): Die Europäische Union und der israelisch-palästinensische Konflikt: Von der Deklaration zur Aktion?, in: Peter Lintl (Hg.): Akteure des israelisch-palästinensischen Konflikts. Interesse, Narrative und die Wechselwirkungen der Besatzung (SWP Studie S 02/2018), <https://www.swp-berlin.org/publikation/akteure-des-israelischpalaestinensischen-konflikts/>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.
- Zacharias, Anna (2020): American Jewish Committee to Open UAE Office, The National – UAE online vom 03.09.2020, <https://www.thenational.ae/uae/american-jewish-committee-to-open-uae-office-1.1072464>, zuletzt aufgerufen am 04.10.2020.